

# Warum ich (auch) keinE FT-CI-TrotzkistIn bin...

Zur Kritik des Manifestes der Trotzlistischen Fraktion / Vierte Internationale,  
der in Deutschland RIO angehört

von TaP

Vor einiger Zeit hatte ich – vor allem anhand von Texten aus dem Spektrum der IV. Internationale [im inner-trotzkistischen Jargon des Streits um Trotzki's Erbe: „Vereinigtes Sekretariat (VS)“], begründet, [warum ich keinE Trotzlistin bin](#). Dies soll hier nun auch noch einmal anhand der [Manifestes der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale](#), zu der in Deutschland die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) gehört (während hierzulande zur IV. Internationale die [isl](#) und [RSB](#) gehören), wiederholt werden.

Am Anfang der Zusammenfassung meines alten Papiers schrieb ich: „Mein Haupteinwand gegen den Trotzlistismus richtet sich gegen dessen Hang zum Optimismus, der sich in der Unterschätzung der Distanz sowohl zwischen trade-unionistischem [s. [S. 410, FN \\*](#); vgl. [S. 385, vorletzter Satz des ersten Absatzes](#)] und revolutionärem Bewußtsein als auch der zwischen demokratischen und antikolonialen Revolutionen einerseits und sozialistischen Revolutionen andererseits äußert.“

Diese Kritik trifft

- trotz späterer Abgrenzung des Trotzlistismus von der „reformistischen, stalinistischen und ‚drittweltlerischen‘“ linken Konkurrenz (S. 7)
- trotz Kritik an Autonomismus und Anarchismus, „die die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Organisation verneinen und die Perspektive der Machteroberung durch das Proletariat ablehnen“ (S. 8) und den damit verbundenen „Illusionen“ (S. 14, s.a. 15)
- und trotz Diagnose, daß die „Projekte breiter Parteien [...] in vielen Fällen zur Demoralisierung und zur Ohnmacht geführt haben,“ (S. 28, s.a. 8)

jedenfalls auch auf den Anfang des Manifestes der FT-CI zu. Am Anfang werden linke Breithheiten und Bewegungstümeleien, die später durchaus kritisch analysiert werden noch zu „eine[m] neuen Zyklus des ansteigenden Klassenkampfes“ und zu „Widerstand der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Massen“, der „die Zentren des weltweiten Kapitalismus“ durchziehe, hochgejubelt.

## 1. Lage-unangemessener Optimismus

Seite 3:

„Der ‚arabische Frühling‘ öffnete einen neuen Zyklus des ansteigenden Klassenkampf-

*fes nach Jahrzehnten des Rückgangs unter dem Zeichen der bürgerlichen Offensive.“*

Tatsächlich war der Arabische Frühling – trotz einzelner Streiks – in erster Linie kein proletarischer Klassenkampf, sondern eine Ansammlung von demokratischen Protesten, ohne Abgrenzungsfähigkeit (und vermutlich auch ohne großen Abgrenzungswillen) gegenüber dem Imperialismus.

### **Ebenfalls Seite 3:**

*„Der Widerstand der ArbeiterInnen, Jugendlichen und Massen durchzieht die Zentren des weltweiten Kapitalismus, vor allem die Länder der Europäischen Union, die von den Kürzungsplänen der ‚Troika‘ betroffen sind, wie Griechenland, der Spanische Staat oder Portugal.“*

Tatsächlich erfaßten diese Proteste die ökonomisch, militärisch und politisch führenden Länder des NATO-/EU-/OCED-Bereichs – USA, Deutschland, Frankreich, UK und Japan – allenfalls *marginal*. Und auch die Proteste in der südlichen Peripherie des europäischen Zentrums verstanden sich zu einem erheblichen Teil als bloße demokratische bzw. Anti-Korruptions- (v.a.: Spanien) und Sozialproteste, ohne sich auch nur als Klassenkämpfe, geschweige denn *revolutionär-antikapitalistische* Klassenkämpfe zu verstehen.

Auf S. 18 stellt das Manifest dann weitgehend zutreffend fest: „Weit davon entfernt, ‚demokratische Revolutionen‘ zu sein, verhindern die ‚kontrollierten Übergänge‘ (eingerahmt von der Notwendigkeit der ImperialistInnen, den regionalen Status quo und die krasse Ausbeutung der Länder der Region aufrechtzuerhalten) die effektive Befriedigung der Forderungen der Ausgebeuteten.“

Auch an dieser Stelle wird allerdings immer noch ein idealistischer Begriff von „demokratischer Revolution“ deutlich, denn eine „demokratische Revolution“ *kann*, wenn sie zugleich eine sozialistische ist, „die effektive Befriedigung der Forderungen der Ausgebeuteten“ einschließen – aber demokratische Revolutionen schließen eine solche Befriedigung *keinesfalls notwendigerweise* (bzw. begriffs-definierend) ein. Anderenfalls wäre der marxistische Begriff „bürgerliche Demokratie“ (wegen Selbstwidersprüchlichkeit) und die marxistische These vom Klassencharakter der unterschiedlichen Formen von Demokratie (z.B. parlamentarische vs. Räte-demokratie) hinfällig.

Auf S. 19. heißt es dann: „Die gemäßigt-islamistischen Organisationen, die an die Macht kamen – wie die Partei Ennahda in Tunesien oder die abgesetzte Partei für Gerechtigkeit und Freiheit in Ägypten – sind bürgerliche Kräfte, die für eine Mischung aus religiöser Strenge, klientelistischem Populismus und wirtschaftlichem Neoliberalismus stehen. Wir RevolutionärInnen bekämpfen diese politischen Strömungen ausgehend von einer antiimperialistischen und Klassen-Orientierung und ohne, dass wir Fronten mit Sektoren der ‚liberalen‘ laizistischen Bourgeoisie oder ihrem politischen Personal schmieden.“

Damit gehören die Hauptkräfte der dortigen Kämpfe aber *nicht* zu ‚unserem‘ Lager – dem der antikapitalistischen RevolutionärInnen –, sondern sie sind *gegnerische* Lager (gemäßigter Islamismus und laizistische Bourgeoisie)!

Bleibt die Frage, wie sich die Differenz zwischen dem unangemessenen<sup>1</sup> Optimismus am Anfang des Manifestes und dem größeren Realismus weiter hinten erklärt.

Ich kann logischerweise nicht in die Köpfe der AutorInnen hineinschauen (und wenn ich es könnte, wäre auch noch ungewiß, ob ich sehen würde, was sie beim Schreiben gedacht hatten), aber wahrscheinlich erscheinen mir drei Ursachen:

**a)** ein projektiver Diagnose-Modus: Weil der Trotzismus – jedenfalls für den Trikont – im Rahmen seiner Theorie der „permanenten Revolution“, einen bestimmten Zusammenhang von demokratischen Forderungen und sozialistischer Revolution annimmt, der nicht einmal von allen MarxistInnen geteilt wird, werden auf bloß *demokratische* Proteste immer-schon latent *sozialistische* Inhalte projiziert – und Bewegungen in ihrer Radikalität maßlos überschätzt.

**b)** Die zweite (grundsätzlichere) Ursache ist damit eben diese Theorie der „permanenten Revolution“. Ich komme darauf unten zurück.

**c)** Und die dritte Ursache dürfte in der trotzkistischen These – aus dem [Übergangsprogramm von 1938](#) – liegen, daß das „Haupthindernis auf dem Wege der Umwandlung der“ – nach Trotzki Ansicht – „vorrevolutionären in eine revolutionäre Lage [...] der opportunistische Charakter der proletarischen Führung“ (meine Hv.) sei. Weiter unten ist dort im gleichen Abschnitt von „Krise der proletarischen Führung“ die Rede und entsprechend im FT-CI-Manifest davon, daß sich die „Frage der Krise der Führung des Proletariats“ in der heutigen Situation „auf einer neuen Ebene“ stelle (S. 4). Dadurch, daß die Krise der ArbeiterInnen- und zumal der revolutionären Bewegung auf eine *Krise der Führung* reduziert wird<sup>2</sup>, ist es möglich, Abweichungen der

---

1 Für eine etwas ausführlichere (als sie hier in der Kritik an dem FT-CI-Manifest angedeutet ist) Analyse der Kämpfe der letzten Jahre siehe den Anfang meines Manifest-Entwurfes, den ich im Rahmen des NaO-Prozesses vorgelegt (und auf Kompromiß hin geschrieben) hatte: <http://www.nao-prozess.de/blog/zwei-fragen-an-sib-und-gam-bzgl-programmatik-des-nao-prozesses/> (das längere Zitat ab Absatz 4) sowie S. 1 - 3 meiner Blockupy-Kritik von 2011 *Kulturell zu eng und inhaltlich zu unbestimmt*: [http://theoriealspraxis.blogspot.de/images/Kulturell\\_zu\\_eng\\_u\\_inhalt\\_zu\\_unbest.pdf](http://theoriealspraxis.blogspot.de/images/Kulturell_zu_eng_u_inhalt_zu_unbest.pdf).

2 In – dem FT-CI-Manifest vorhergehenden – Texten waren FT-CI-Mitglieder allerdings bereits schon mal zu einer adäquateren Analyse der heutigen Schwierigkeiten revolutionär-antikapitalistischen Politik vorgedrungen.

- So schrieb Stefan Schneider 2012 in einem Vorwort zur Neuauflage des Übergangsprogramms: „Die von Trotzki konstatierte ‚Krise der proletarischen Führung‘, die verhinderte, dass sich die Massen in Richtung der Revolution entwickeln konnten, vertiefte sich zu einer Krise der proletarischen Subjektivität, die über Jahrzehnte hinweg die Möglichkeit oder gar Notwendigkeit des Kampfes in Frage stellte. Dies führte zu einem unglaublichen Verlust der akkumulierten Kampferfahrungen der ArbeiterInnenklasse. Doch dieser Prozess beginnt sich durch die aktuelle Weltwirtschaftskrise wieder umzukehren.“ (<http://klassegegenklasse.org/zur-aktualitaet-des-uebergangsprogramms/>) – Hinzuzufügen ist freilich, daß es auch noch zu optimistisch ist, von einer Umkehrung dieses Prozesses „in Richtung Revolution“ zu sprechen. In der Tat läßt sich allerdings (verglichen mit den 1990er Jahren) ein Wiederaufschwung *reformistischer Abwehrkämpfe* feststellen. Von dort bis zur Rekonstruktion relevanter revolutionärer Organisation, geschweige denn größerer revolutionärer Bewegungen, ist freilich noch ein längerer Weg – sofern er denn überhaupt existiert und gefunden wird.
- Emilio Albarante sprach bereits 2003 von einer „Krise der proletarischen Subjektivität“ (<http://klassegegenklasse.org/trotzki-und-gramsci-ein-posthumer-dialog/>) und 2011 von einer „scharfe[n] Krise der Subjektivität des Proletariats“, die „Produkt der neoliberalen Offensive, der kapitalistischen Restauration in den

wirklichen Geschichte von den optimistischen eigenen Erwartungen faktisch zwar immer wieder anzuerkennen, aber die Verantwortung dafür der „Führung“ – was ‚praktischerweise‘ immer andere linke Fraktionen sind (nur nie die eigene ist) – zuzuschreiben, ohne sich die Frage zu stellen, warum denn das jeweils eigene Grüppchen nicht ‚führungsfähig‘ ist (d.h. die Massen der jeweiligen Konkurrenz folgen) und trotzdem an der optimistischen Einschätzung des Massenbewußtsein festzuhalten.

Der unterschiedliche Grad von Optimismus am Anfang des Manifestes und weiter hinten wäre dann also wie folgt zu erklären: Vorne erfolgt die optimistische Darstellung der *Massenbewegungen* und weiter unten die realistischere Darstellung des *Führungsbewußtseins*. Übersehen wird dabei, daß die Führungen in der Regel den flauen Stand des Massenbewußtseins reflektieren und manchmal sogar links davon stehen.<sup>3</sup>

## 2. Theorie der „permanenten Revolution“

„Permanente Revolution“ bedeutet in der Lesart der FT-CI, daß

*„nur diese Form der Macht (also die Diktatur des Proletariats, unterstützt durch die Allianz mit den unterdrückten Massen des Landes und der Stadt) [...] die strukturellen demokratischen Aufgaben der Revolution garantieren und zu Ende führen [kann], also zuvorderst die Befreiung von Imperialismus“ (S. 21).*

Hieran fällt **zunächst einmal** wiederum die idealistische und idealisierende Überhöhung des Demokratie-Begriffs auf, indem in ihn die „Befreiung von Imperialismus“ eingeschlossen wird. Die Befreiung vom Imperialismus ist aber maximal auf zwei Weisen möglich:

**a)** in einem etwas gewagten Begriffs-Verständnis: Ein ehemals imperialistisch *beherrschtes* Land wird zu einem imperialistisch *herrschenden* Land. Dies ist zwar zwar eine Befreiung *dieses* Landes von imperialistischer Herrschaft, aber nicht eine Befreiung von Imperialismus überhaupt.

---

ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten und der Demoralisierung durch die Identifizierung des Stalinismus als ‚real existierendem Sozialismus‘ sei, und im folgenden Absatz von „Krise der Subjektivität, die die ArbeiterInnenbewegung durchzieht“ (<http://klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/>). Freilich setzte er dies nicht in expliziten Bezug zu Trotzki's Diagnose einer bloßen „Krise der proletarischen Führung“ (vgl. allerdings FN [4]: „aufgrund der Abwesenheit einer revolutionären Führung wurden sie [die Entwicklungen, die zum Zusammenbruch des ‚Real‘sozialismus führten] letztlich durch restaurationistische Sektoren geführt“, was die „Krise der Subjektivität des Proletariats“ wiederum auf Fehler der Führung[en] zu reduzieren scheint).

Weitergehend wäre im übrigen zu fragen, *warum* denn die neoliberale Offensive erfolgreich war und ist; *warum* sich die kapitalistische Restauration in Osteuropa und der SU durchsetzte und *warum* andere linke Kräfte der „Identifizierung des Stalinismus als ‚real existierendem Sozialismus‘“ (zumal an dessen Ende) so wenig entgegenzusetzen konnten. – **All das kann doch nur nicht auf die falsche Politik der sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen und die Politik des bürgerlichen Klassenfeindes, der sowieso immer gegen uns ist und sein wird, geschoben werden. Es muß doch für eine ernsthafte Analyse vielmehr gefragt werden, warum auch konkurrierende, trotzkistische und maoistische Ansätze sowie kommunistische Ansätze in der autonomen und antiimperialistischen Szene und auch nicht-kommunistische, linksradikale Ansätze ebenfalls keine größere Attraktivität erlangen konnten.**

<sup>3</sup> Vgl. <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2015/08/07/warum-durchaus-nicht-immer-die-boese-fuehrung-schuld-ist/>.

**b)** Im übrigen ist eine Überwindung von Imperialismus nur durch Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise möglich. In diesem zweiten Sinne bedeutet, „Befreiung von Imperialismus“ in „demokratische Aufgaben“ einzuschließen, wiederum die Negation des marxistischen Begriffs der „bürgerlichen Demokratie“. Aber in Wirklichkeit – d.h. außerhalb der trotzkistischen Theorie der Permanenten Revolution – ist bürgerliche Demokratie sehr wohl nicht nur in den imperialistischen Metropolen, sondern auch in der imperialistisch beherrschten Peripherie möglich. Dies wird auf einer deskriptiven Ebene auch in dem FT-CI-Manifest zugestanden<sup>4</sup>, aber sogleich als „Deckmantel für die Offensive des Kapitals“ (S. 14) abgetan.

Daraus ergibt sich der **zweite Einwand** gegen die trotzkistische Theorie der Permanenten Revolution (jedenfalls in der Lesart, die die FT-CI vertritt). Wenn wir von einem nicht-idealisierten, sondern von einem realistischen Begriff der Demokratie ausgehen (der bürgerliche Demokratie als eine Form der Demokratie anerkennt) und die Befreiung von Imperialismus beiseite lassen, dann spricht also nichts mehr für die These, daß nur die Diktatur des Proletariats „die strukturellen demokratischen Aufgaben der Revolution garantieren und zu Ende führen [kann]“ – bzw.: sie ist unter diesen Umständen nur *dann nicht* widerlegt, wenn in die Formulierungen „zu Ende führen“ wiederum ein *mehr* als bürgerliche Demokratie und eine entsprechendes *telos* (Ziel) von *Demokratie an und für sich*<sup>5</sup> hineingelesen wird. Eine solche Begriffsteologie wäre aber die Preisgabe jeder materialistischen historischen Analyse.<sup>6</sup>

### 3. Übergangsforderung als gradualistische Verwischung des Unterschiedes zwischen Reform und Revolution

In meiner Kritik am Trotzismus in der Variante der IV. Internationale hatte ich geschrieben:

„Dadurch, daß TrotzistInnen mit ihren ‚Übergangsforderungen‘ in der Logik von Forderungen bleiben, vernachlässigen sie die Argumentation auf der strukturellen Ebene und ignorieren (wenn nicht: leugnen) sie den *qualitativen* Unterschied zwischen

- einer ‚*Forderung*‘ (oder auch vielen und hohen Forderungen) (an die gegenwärtig Herrschenden!) einerseits  
sowie
- der „Gegensätzlichkeit [d]er Interessen zu dem *gesamten* gegenwärtigen politischen und sozialen System“ (LW 5, 385 – meine Hv.) und dem *Bruch mit dem Kapitalismus*, der nicht (von den Herrschenden) zu fordern, sondern den Lohnabhängigen *zu vollziehen* ist, andererseits.“

4 „letzten 30 Jahre [... der] geographische Ausdehnung der bürgerlichen Demokratie auf einen großen Teil der halbkolonialen Welt sowie d[er] Ausbreitung formeller politischer Rechte für die ‚StaatsbürgerInnen‘“ (S. 14).

5 Ein solcher Begriff von „Demokratie an und für sich“ würde wiederum implizieren, sozialistische Demokratie als bloß quantitative Steigerung von bürgerlicher Demokratie, aber keinen qualitativen Bruch zwischen beiden (der einen solchen quantitativen Vergleich – mangels gemeinsamen Maßstabs – *unmöglich* macht) zu sehen.

6 Marx sagte sehr richtig, eine Erkenntnis bzw. ein „Gedankenkonkretum“ sei „keineswegs [... ein Produkt] des außer oder über der Anschauung und Vorstellung denkenden und sich selbst gebärenden Begriffs“ (MEW 13, 632 = 42, 36).

Auch diese Kritik trifft das Trotzismus-Verständnis der FT-CI ebenfalls. In deren Manifest werden im Abschnitt „*Die Bedeutung von Übergangsforderungen, um die kapitalistische Krise zu bekämpfen*“ folgende Übergangsforderungen genannt (S. 12):

- „entschädigungslosen Enteignung der Firmen, die schließen oder drastisch Arbeitsplätze reduzieren, und die Übernahme ihrer Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle“
- „Aufteilung der Arbeitsstunden unter allen ArbeiterInnen ohne Lohnkürzung“
- „Verstaatlichung der Banken und ihre Vereinigung in einem einheitlichen staatlichen Kredit- und Investitionssystem im Interesse der ArbeiterInnen und der Massen“.

Auch bestimmte „demokratische Forderungen“<sup>7</sup> werden in dem FT-CI-Manifest als Übergangsforderungen konzeptioniert:

„Dieses Ensemble von Maßnahmen [gemeint sind vermutlich die zwei Absätze zuvor erwähnten „radikaldemokratischen Parolen und demokratischen Übergangsforderungen, die uns die Kommune von Paris 1871 vererbt hat“] ist darauf orientiert, die Erfahrung der Massen mit ihren demokratischen Illusionen zu beschleunigen und den Weg zur ArbeiterInnenmacht zu erleichtern. Der Übergangscharakter dieser Forderungen entsteht aus dem Fakt, dass ihre effektive Durchsetzung zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat führen würde.“ (S. 15 f.)

Ich werde im folgenden zunächst die Forderungen aus dem Abschnitt „*Die Bedeutung von Übergangsforderungen, um die kapitalistische Krise zu bekämpfen*“ und dann die Formulierung von S. 15 f. diskutieren.

**a)** In meinem vorhergehenden ‚Trotzkismus-Papier‘ hatte ich – wie schon zitiert – die Verwischung des Unterschiedes zwischen „einer ‚*Forderung*‘ [...] (an die gegenwärtig Herrschenden!) einerseits sowie [...] dem *Bruch mit dem Kapitalismus*, der nicht (von den Herrschenden) zu fordern, sondern den Lohnabhängigen *zu vollziehen* ist, andererseits“, die im Rahmen des Konzeptes der „Übergangsforderungen“ stattfindende, kritisiert. Diese Verwischung findet auch im Rahmen der Übergangsforderungen der FT-CI statt:

- So berührt zwar die Forderung nach „Aufteilung der Arbeitsstunden unter allen ArbeiterInnen ohne Lohnkürzung“ – ebenso wie jede Lohnerhöhung –<sup>8</sup> die Interessen des Kapitals. Aber dennoch ist eine solche Aufteilung – ebenso wie Lohnerhöhungen – im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise prinzipiell möglich (zumal, wenn sie nicht zugleich mit einem vollen Personalausgleich verbunden ist<sup>9</sup>). Es handelt sich also um eine (richtige) Reformforderung, die an die jetzt Herrschenden gestellt und je nach Kräfteverhältnis sowie ökonomi-

<sup>7</sup> Abschnitt „*Die Rolle der demokratischen Forderungen im Kampf für die Hegemonie und die Macht der ArbeiterInnen*“.

<sup>8</sup> Eine Monatslohn-Erhöhung bei gleichbleibender Arbeitszeit und eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung bei gleichbleibender Monatslohn-Höhe laufen auf das Gleiche hinaus: Einen höheren Lohn pro Arbeitsstunde.

- scher und politischer Konjunktur unter Umständen (ohne revolutionären Umsturz) durchgesetzt werden kann.
- Ganz anders dagegen eine „Verstaatlichung der Banken und ihre Vereinigung in einem einheitlichen staatlichen Kredit- und Investitionssystem im Interesse der ArbeiterInnen und der Massen“. Zwar ist eine „Verstaatlichung der Banken und ihre Vereinigung in einem einheitlichen staatlichen Kredit- und Investitionssystem“ im Rahmen der kapitalistische Produktionsweise möglich; auch können dabei – je nach Kräfteverhältnis sowie ökonomischer und politischer Konjunktur – die „Interesse der ArbeiterInnen und der Massen“ *berücksichtigt* werden. Aber im *alleinigen* Interesse der ArbeiterInnen und der Massen können eine solche Verstaatlichung und Vereinigung von keinem bürgerlichen Staat auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise durchgeführt werden. Trotzki selbst betonte zurecht: „Die *Verstaatlichung der Banken* bringt jedoch nur dann diese günstigen Ergebnisse [„den grundlegenden Bedürfnissen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen dienen“], wenn die Staatsmacht selbst aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Arbeiter übergeht.“<sup>10</sup> Wird der Zusatz „im Interesse der ArbeiterInnen und der Massen“ ernstgenommen, so handelt es sich bei dieser „Übergangsforderung“ *nicht* um eine *Forderung*, die sinnvollerweise an die *jetzt* Herrschenden gerichtet werden kann, sondern nur um eine *Maßnahme*, die von einer *Revolutions-* (oder post-revolutionären) *Regierung vollzogen* werden kann.
  - In Bezug auf „entschädigungslose Enteignung der Firmen, die schließen oder drastisch Arbeitsplätze reduzieren, und die Übernahme ihrer Produktion unter ArbeiterInnenkontrolle“ kommt es schließlich darauf an, was genau mit „ArbeiterInnenkontrolle“ gemeint ist. **Zunächst einmal** ist anzumerken, daß die Forderung nach „entschädigungsloser Enteignung der Firmen, die schließen oder drastisch Arbeitsplätze reduzieren“, innerhalb der *kapitalistischen* Logik der Privatisierung von Gewinnen und der Sozialisierung von Verlust bleibt. Eine sozialistische Maßnahme bestünde dagegen in Vergesellschaftung gerade auch der *produktivsten und technologisch fortgeschrittensten* Unternehmen (und nicht nur der Betriebe, die schließen oder Arbeitsplätze abbauen, weil sie in der kapitalistischen Konkurrenz [anders] nicht mehr mithalten können). **Für die Zeit ab der Enteignung** kommt es dann für die Beurteilung dieser „Übergangsforderung“ darauf an, ob „ArbeiterInnenkontrolle“ tatsächlich nur „Kontrolle“ bedeuten soll und welche Personen und Instanzen unter welchen Gesichtspunkten (Kriterien) von den ArbeiterInnen kontrolliert werden sollen oder ob und ggf. in welchem Ausmaß „ArbeiterInnenkontrolle“ auch *Entscheidung durch die ArbeiterInnen* bedeutet. Und schließlich: Wer soll – bei fortbestehen-

---

9 Da die späteren Arbeitsstunden eines Arbeitstages weniger produktiv sind als die vorhergehenden, bedeutet Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit für das Kapital eine teilweise Kompensation der mit einem etwaigen Lohnausgleich verbundenen Steigerung der Arbeitskosten. Außerdem führt Arbeitszeitverkürzung häufig zu Arbeitszeitverdichtung, also einer weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität. – Diese Effekte lassen sich allenfalls dann vermeiden, wenn die Zahl der Beschäftigten mindestens im gleichen Ausmaß steigt, wie die Arbeitszeit der einzelnen Beschäftigten sinkt. Auch dann kann es freilich noch zu Produktivitätssteigerungen kommen, und die Personalausweitung kann zu Produktionssteigerungen genutzt werden.

10 <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1938/uebergang/ueberg1.htm#pvk>.

der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise oder in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft – die Konsequenzen etwaiger Entscheidungen der ArbeiterInnen einzelner Betriebe tragen?

Zugespitzt gefragt: Soll „Arbeiterkontrolle“ z.B. einzelbetriebliche Autonomie der ArbeiterInnen heißen, solange sie *verlustfrei* produzieren? (Dann werden die Organe der „Arbeiterkontrolle“ unter Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise zu AgentInnen der Marktkonkurrenz. Das heißt, es würde sich bestenfalls um eine innerkapitalistische Reformforderung handeln, von der alles andere als sicher ist, daß sie richtig ist.) Oder bedeutet die fragliche „Übergangsforderung“: Fortsetzung auch *verlustreicher* Produktion (*mit* oder *ohne* Strategie, um wieder profitabel zu wirtschaften)? Dann handelt es sich zeitlich begrenzt und im Einzelfall um eine Forderung, die den jetzt Herrschenden u.U. abgetrotzt werden kann, die aber innerkapitalistisch nicht verallgemeinerbar ist – und die auch in einer sozialistischen Übergangsgesellschaft (die keine Gesellschaft des allgemeinen Überflusses sein wird, sondern effizient mit Arbeitskraft und Ressourcen umgehen muß, um eine möglichst optimale Bedürfnisbefriedigung zu erreichen) nicht unproblematisch ist.

Wir sehen also: Bei den vorgenannten „Übergangsforderungen“ der FT-CI handelt es sich teils um (richtige) Reformforderungen (Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich); teils um Forderungen, die je nachdem, wie sie verstanden werden bzw. gemeint sind, ebenfalls inner-kapitalistische Reformforderungen sein können oder aber einen revolutionären Bruch voraussetzen. Genau *dies* ist die von mir kritisierte Verwischung des Unterschiedes zwischen „einer ‚Forderung‘ [...] (an die gegenwärtig Herrschenden!) einerseits sowie [...] dem *Bruch mit dem Kapitalismus*, der nicht (von den Herrschenden) zu fordern, sondern den Lohnabhängigen *zu vollziehen* ist, andererseits“.

Sie bedeuteten, – jedenfalls an dieser Stelle (d.h.: einem solchen Katalog von „Übergangsforderungen“) die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs nicht argumentativ klar herauszuarbeiten, sondern in der – möglichen, aber nicht zwingenden – radikaleren Lesart der „Übergangsforderungen“ zu *verstecken*, bzw. ihn in Form solcher „Übergangsforderungen“ ‚unterzuschieben‘ – oder wie ich 2012 im Rahmen des NaO-Prozesses kritisierte:

„Den Leuten soll mittels einer Forderung, die sie vermeintlich schon heute haben oder unterstützen (oder zumindest spontan plausibel finden), etwas *untergeschoben* werden, das sie heute unstrittig nicht haben: den Willen zur ‚Eroberung der Macht durch das Proletariat‘<sup>11</sup>.“ (<http://www.nao-prozess.de/blog/mit-argumenten-oder-mit-forderungen-ueberzeugen-zur-kritik-der-trotzkistischen-uebergangsforderungen-didaktik/3/>)

11 „Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke muß in einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, die ausgehen von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unabänderlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.“ (<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1938/uebergang/ueberg1.htm#mup> – Hv. i.O.).

Wie ich schon 2012 einwandte, folgt aber aus „einer Forderung [...] *kein Schluß*, keine *Schlußfolgerung*! Von einer Schlußfolgerung überzeugt vielmehr ein *Argument*, das den Schluß aus einer Tatsache (oder einem anderen Argument) *begründet*.“ ([www.nao-prozess.de/blog/mit-argumenten-oder-mit-forderungen-ueberzeugen-zur-kritik-der-trotzkistischen-uebergangsforderungen-didaktik/3/](http://www.nao-prozess.de/blog/mit-argumenten-oder-mit-forderungen-ueberzeugen-zur-kritik-der-trotzkistischen-uebergangsforderungen-didaktik/3/))

**b)** Kommen wir nun zu den Übergangsforderungen in dem Abschnitt „*Die Rolle der demokratischen Forderungen im Kampf für die Hegemonie und die Macht der ArbeiterInnen*“; dort heißt es – wie schon weiter oben zitiert –:

„Dieses Ensemble von Maßnahmen [gemeint sind vermutlich die zwei Absätze zuvor erwähnten „radikaldemokratischen Parolen und demokratischen Übergangsforderungen, die uns die Kommune von Paris 1871 vererbt hat“] ist darauf orientiert, die Erfahrung der Massen mit ihren demokratischen Illusionen zu beschleunigen und den Weg zur ArbeiterInnenmacht zu erleichtern. Der Übergangscharakter dieser Forderungen entsteht aus dem Fakt, dass ihre effektive Durchsetzung zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat führen würde.“

Dieser Gedankengang überzeugt mich in mehrfacher Hinsicht nicht:

- Auch diese Formulierung wird von meiner Kritik, „*Den Leuten soll mittels einer Forderung, die sie vermeintlich schon heute haben oder unterstützen (oder zumindest spontan plausibel finden)*“ – nämlich die fraglichen „radikaldemokratischen Parolen und demokratischen Übergangsforderungen“ –, „etwas *untergeschoben* werden, das sie heute unstrittig nicht haben: den Willen zur ‚Eroberung der Macht durch das Proletariat‘“ (in den Worten der FT-CI: „effektive Durchsetzung zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat führen würde“).
- Außerdem dürften „demokratische Illusionen“ eher bei einem Teil der linken *AktivistInnen* als bei den breiten Massen bestehen.
- Das Bewußtsein der breiten Massen dürfte vielmehr – überwiegend – eine realistische Einschätzung und Affirmation der parlamentarischen Demokratie und – bei einer stärker werdenden Minderheit – eine rechtspopulistische bzw. sich als anti-politisch verstehende *Verwerfung* der parlamentarischen Demokratie kennzeichnen. Daß „Demokratie“ eine Zauberformel für alles Schöne und Gute sei, dürfte demgegenüber eher ein linker AktivistInnen-Irrtum sein.
- Die in dem FT-CI-Manifest genannten „demokratischen Übergangsforderungen“ sind jedenfalls teilweise (wenn nicht überwiegend) *keine* Forderungen, die von den Massen befürwortet werden und von denen sie subjektiv die „Illusion“ haben, daß sie unter Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise realisierbar seien, deren Durchsetzung aber objektiv zu einer „Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat führen würde“. Vielmehr müßten die Massen zunächst einmal überhaupt von der Richtigkeit vieler der genannten Ziele überzeugt werden. (Daß diese Forderungen von den Massen – jedenfalls noch – nicht befürwortet werden, spricht nicht gegen diese Forderungen, aber *dagegen*, solche und andere *Forderungen* ins Zentrum der Agitation und Propaganda zu stellen, und vor allem *dagegen*, zu meinen, mit Forderungskatalogen stehe ein einfaches und populäres Mittel zur Verfügung, das Argumentation und Überzeugungsarbeit zu komplexen politische

Zusammenhänge überflüssig mache. Vielmehr muß auch für viele Forderungen – und zumal die radikaleren – zunächst einmal *argumentiert* werden.)

- Das FT-CI-Manifest nennt als Beispiele für jene „radikaldemokratischen Parolen und demokratischen Übergangsforderungen“ „unter anderem, dass alle FunktionärInnen und gewählten VertreterInnen einen durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn bekommen<sup>12</sup>; die unmittelbare Abwählbarkeit aller MandatsträgerInnen; die Abschaffung der bonapartistischen Institution des/der Präsidenten/Präsidentin der Republik<sup>13</sup> genau wie der oligarchischen SenatorInnenkammern<sup>14</sup> und die Etablierung einer einheitlichen Kammer, die die exekutiven und legislativen Gewalten fusioniert und die durch ein wirklich universelles Wahlrecht aller EinwohnerInnen über 15 Jahren ohne Unterscheidung nach Nationalität<sup>15</sup> geschaffen wird; die Wahl aller RichterInnen durch universelles Wahlrecht<sup>16</sup> und die Installierung von Geschworenengerichten; die Trennung von Kirche und Staat.“

Es ist durchaus fraglich, ob die Durchsetzung dieser Forderungen notwendigerweise „zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat führen würde“: Die Trennung von Kirche und Staat, Geschworenengerichte (siehe [1](#) und [2](#)) und – in einigen Ländern – auch die Abwählbarkeit von MandatsträgerInnen (siehe [1](#) und [2](#)) ist teilweise auch in bürgerlichen Staaten gegeben. Auch gibt es [einige bürgerliche Staaten, die kein eigenständiges Staatsoberhaupt haben, sondern in denen diese Funktion vom parlamentarisch verantwortlichen Regierungschef mit ausgeübt wird. Ungefähr die Hälfte aller heutigen Staaten hat ein Einkammerparlament – darunter alle skandinavischen Staaten.](#) Allein für die Beseitigung der relativen Selbständigkeit der Exekutivgewalt dürfte es – abgesehen von kleinen Gemeinschaften, deren einzige Entscheidungsinstanz Volksversammlungen sind – an einem bürgerlichen historischen Vorbild fehlen.

Zwar würde ich schon der Auffassung zustimmen, daß die relative Verselbständigung der Exekutive, die Nicht-Abwählbarkeit von MandatsträgerInnen während der Wahlperiode, die Figur eines die nationale Einheit verkörpernden, „über den/m Parteien(streit)“ stehenden Staatsoberhaupt etc. eher zu einem politischen System passen, das der Aufrechterhaltung von Herrschaft dient, während das jeweilige Gegenteil eher zur Perspektive der Überwindung von

---

12 Ein verbreiteter Einwand gegen diese Forderung dürfte lauten: Umso schlechter PolitikerInnen bezahlt werden, desto anfälliger seien sie für Bestechungsangebote.

13 Auch von dieser Forderung ist zu bezweifeln, daß sie „dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse“ entspricht. Vielmehr ist die Figur eines die nationale Einheit verkörpernden, „über den/m Parteien(streit)“ stehenden Staatsoberhaupt (PräsidentIn/MonarchIn) durchaus populär.

14 Auch Zweikammerparlamente sind durchaus beliebt – sei es als Machtbegrenzung der ersten Kammer; sei es um regionale/einzelstaatliche Interesse auf gesamtstaatlicher Ebene einzubringen.

15 Auch der Forderungs-Teil „ohne Unterscheidung nach Nationalität“ dürfte kaum „dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse“ entsprechen.

16 Auch dies ist keine Forderung, die „dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse“ entspricht. Vielmehr sind – jedenfalls in Deutschland – Forderungen nach einer weiteren ‚Ent-Politisierung‘ der Justiz (Abschaffung des ministeriellen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften; Wahl der höheren RichterInnen durch richterliche Gremien statt durch PolitikerInnen) beliebt. Auch die Beliebtheit von Verfassungsgerichten zur Kontrolle demokratisch gewählter PolitikerInnen ist in diesem Kontext zu erwähnen.

Herrschaft und einem Staat, der an seinem eignen Abstreben arbeitet, paßt. Aber während es keinen Kapitalismus ohne doppelt-freie Lohnarbeit (d.h. ohne Warenförmigkeit der Arbeitskraft) geben kann, kann sich die gesellschaftliche Herrschaft des Kapitals auch noch bei radikal-demokratischer Organisation des Staates in staatliche Politik umsetzen, denn an den ideologischen Kräfteverhältnissen, den Zwangsmechanismen der Marktkonkurrenz sowie der Möglichkeit zu bewußter Druckausübung mittels Investitionsstreik- und Kapitalflucht(-Drohung) ändert sich durch Änderungen allein der Staatsorganisation nichts. Solche Änderungen der Staatsorganisation sind also durchaus durchsetzbar, ohne notwendigerweise „zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat“ zu führen.

- Und schließlich: Selbst *wenn* die Massen die fraglichen „Illusionen“ hätten, so wäre es nicht richtig, wenn sich KommunistInnen diese auch noch *zu eigen* machen würden bzw. versuchen würden, ihre Politik *darauf* zu gründen. Denn in diesem Fall würde eine spätere etwaige Desillusionierung *gegen* die KommunistInnen ausschlagen.

Da ich in Bezug auf die im FT-CI-Manifest genannten „demokratischen Übergangsforderungen“ – wie bereits ausgeführt – schon die FT-CI-Diagnose „demokratische Illusionen“ der Massen nicht teile, sei dieser Punkt meiner Argumentation an einem anderen Beispiel erläutert, wo es tatsächlich „Illusionen“ der Massen gab:

Sicherlich hatten die griechischen Massen in den vergangenen Jahren erhebliche Illusionen, wie stark sich die Politik einer SYRIZA-Regierung von der Politik der PASOK- und ND-Regierungen unterscheiden werde – aber die FT-CI hatte (zurecht) nicht zur Wahl von SYRIZA aufgerufen, um „die Erfahrung der Massen mit ihren [...] Illusionen zu beschleunigen“.<sup>17</sup> Vielmehr hatte die FT-CI analysiert, welche Politik von SYRIZA zu erwarten ist; das Konzept „breiter“ Linksparteien kritisiert und jedenfalls bei der Wahl im Sept. 2015 (richtigerweise), [einen \(kritischen\) Unterstützungsaufruf für ANTARSYA](#) geschrieben.<sup>18</sup>

- Das von TrotzkiInnen mit dem Konzept „Übergangsforderungen“ verbundene *Kalkül* ist im Falle der im FT-CI-Manifest genannten „radikaldemokratischen Parolen und demokratischen Übergangsforderungen“ also an *beiden* ‚Enden‘ fragwürdig: Weder ist klar, daß sie „dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse“ (Trotzki, s. FN 11) entsprechen, noch ist klar, daß sie „unabänderlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht

---

17 Das schlichte *Machen* (oder *Erleiden*) von Erfahrungen garantiert im übrigen in keiner Weise, daß daraus auch die richtigen *Konsequenzen* gezogen werden.

18 Eine ganz *andere* Wahltaktik (die aber der FT-CI-Konzeption in Bezug auf „demokratische Übergangsforderungen“ *entspricht*) vertrat dagegen die Gruppe Arbeitermacht (GAM) bei der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl 2011: „In letzter Instanz geht es RevolutionärInnen auch im bzw. nach dem Wahlkampf darum, das Klassenbewusstsein, das Aktionsniveau und die Selbstorganisation der Klasse voran zu bringen. [...]. Dieser Effekt ist aber nur dort möglich, wo massenhafte *Illusionen* der Lohnabhängigen in Parteien existieren und [RevolutionärInnen?] reale Möglichkeiten haben, diese unter Druck zu setzen, [...]. Wir rufen zur Wahl der Linkspartei auf – obwohl *wir Inhalt und Methoden ihrer Politik für falsch halten*. Seit die LINKE in Berlin mitregiert, hat sie *viele AktivistInnen verprellt, und ihre Attraktivität schwindet*. Doch gerade das zeigt, wie richtig es ist, die Reformisten *in die Regierung zu zwingen*, so dass sie mit ihrer praktischen Politik zeigen, dass sie zur Umsetzung

durch das Proletariat“ (ebd.) bzw. „zur Konfrontation mit dem Regime und dem kapitalistischen Staat“ (FT-CI-Manifest). – Statt dessen artikuliert das trotzkistische Konzept „Übergangsforderungen“ eine untunliche Mischung von Forderungs-Voluntarismus und unangemessen optimistischer Einschätzung des Massenbewußtseins sowie eine Vernachlässigung der Notwendigkeit, argumentative Überzeugungsarbeit zu leisten.<sup>19</sup>

- Daraus ergibt sich zugleich mein **Gegenvorschlag zum trotzkistischen Didaktizismus der „Übergangsforderungen“**: Forderungen sind nicht aufzustellen, um „die Erfahrung der Massen mit ihren [...] *Illusionen* zu beschleunigen

der Interessen der Lohnabhängigen nichts taugen.“ (<http://www.arbeitermacht.de/ni/ni162/berlinerwahl.htm> – meine Hv.)

- Auf grundsätzlicher Ebene sollte auf der Hand liegen, daß MarxistInnen mit revolutionärem Anspruch „Inhalt und Methoden der Politik“ einer bestenfalls reformistischen Partei wie der Linkspartei für falsch halten.
- Aber weder dies, noch der Umstand, daß eine solche Partei durch ihre Regierungspolitik viele AktivistInnen *verprellt* und an Attraktivität *verloren* hat, kann einen Wahlaufuf für *diese* Partei oder gar den doppelbödigen Wunsch, diese Partei möge regieren, rechtfertigen.
- Vielmehr ist es – angelehnt an das, was Lenin in *Staat und Revolution* über den Unterschied zwischen Monarchie und Republik sagte („Eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt.“ [[LW 25, 467](#)]) – *dann* richtig, ein (kritischen) Wahlaufuf zu verfassen und zu verbreiten, wenn (1.) eine eigene Wahlkandidatur aussichtslos ist und (2.) eine größere Formation zumindest gradualistische oder reformistische Positionen vertritt, also eine linkere Alternative zu Liberalen, Konservativen (und Rechtsaußen-Formationen) darstellt.
- Dies war bspw. in den 1920er Jahren bei der *Labour Party* (als Lenin für eine kritische Wahlunterstützung dieser Partei argumentierte) der Fall, und in der Tat haben sozialdemokratische (und grüne) Parteien bis in die 1980er Jahre hinein Reformen (im vor-neoliberalen Sinne) implementiert. Mittlerweile haben wir allerdings – angesichts der gewandelten ideologischen, politischen und ökonomischen Verhältnisse – eine Situation, in der diese Parteien und auch neue, „breite“ Linksparteien, wenn sie in die Regierung bürgerlicher Staaten eintreten, als *Protagonistinnen eines verschärften neoliberalen Kurses* agieren (z.B.: rot-rote Koalition in Berlin; Agenda 2010-Politik der Schröder/Fischer-Regierung; das von der griechischen SYRIZA-Regierung unterzeichnete Memorandum III). Ein (kritischer) Wahlaufuf kommt daher allenfalls noch in Betracht, falls (1.) ein solcher Regierungseintritt ausgeschlossen wird bzw. wahlarithmetisch sehr unwahrscheinlich ist und (2.) zumindest als Oppositionspartei eine antineoliberale Politik (parlamentarische Anträge und Reden; Unterstützung außerparlamentarischer Proteste und Streiks) betrieben wird.
- Dagegen führen Versuche, „die Reformisten in die Regierung zu zwingen, so dass sie mit ihrer praktischen Politik zeigen, dass sie zur Umsetzung der Interessen der Lohnabhängigen **nichts taugen**“ (meine Hv.), bestenfalls zu *gar nichts* und schlechtestenfalls dazu, daß anschließende Desillusionierung auch gegen die VerfasserInnen derartig absurder Wahlaufufe ausschlägt (siehe das schlechte Abschneiden der LAE/„Volkseinheit“ vor zwei Monaten in Griechenland; siehe den Aufstieg der Front National in Folge des Scheiterns des Reformprogramms der PS/KPF-Regierung in Frankreich Anfang der 1980er Jahre).
- Wahlaufufe für reformistische Parteien mit Illusionen der WählerInnen in solche Parteien zu begründen, wäre auch deshalb absurd, weil WählerInnen, die Illusionen in solche Parteien haben, nicht erst einen Wahlaufuf eines revolutionären Grüppchens bedürfen, um sich zur Wahl einer solchen Partei zu entschließen. Wenn Wahlaufufe revolutionärer Gruppen etwas bewirken, dann im revolutionären und linksradikalen Spektrum. In diesem Spektrum ist allerdings vielmehr zu begründen, warum es trotz *Nicht-Vorhandenseins* von Illusionen in reformistische Parteien in bestimmten Situationen richtig ist, diese zu wählen.
- Die ‚Didaktik der praktischen Erfahrung‘ (statt bloß des theoretischen Arguments) ist *dann* berechtigt und erfolgsträchtig, wenn die ‚praktische Erfahrung‘ das theoretische Argument *nicht konterkariert*: Wenn die Wahl einer Partei X für ‚Interessen der Lohnabhängigen *nichts taug[t]*“, dann ist es für Lohnabhängige *falsch*, diese Partei zu wählen, und für KommunistInnen *falsch*, zu deren Wahl aufzurufen. Anders verhält es sich, wenn eine *begrenzte Tauglichkeit* vorliegt: Dann ist (bei Aussichtslosigkeit einer eigenen Kandidatur) eine *Unterstützung hinsichtlich der Tauglichkeit* bei gleichzeitigem *offenen Aussprechen der Grenzen dieser Tauglichkeit* richtig. *Dann* ist es richtig, darauf zu setzen, daß die Massen die ‚praktische Erfahrung‘, daß Reformismus zwar Symptomlinderung, aber nicht Ursachenbeseitigung bedeutet, machen. Aber auch dann führt die ‚praktische Erfahrung‘ *nicht von allein* zu den richtigen Schlußfolgerungen, sondern nur dann, wenn sie mit den richtigen *theoretischen Erwägungen analysiert* und verarbeitet wird.

Diese Überlegungen sind m.E. auch auf die Unterscheidung zwischen richtigen und falschen *Forderungen* zu übertragen: Richtig ist z.B. die Forderung nach einem Mindestlohn und Höchstarbeitszeiten, weil sie tatsächlich eine Linderung der kapitalistischen Ausbeutung bedeuten; falsch ist die Forderung nach Ausschluß von Frauen oder AusländerInnen vom Arbeitsmarkt, weil dies die kapitalistische Ausbeutung nicht lindern, sondern (durch sexistische bzw. rassistische Spaltung der Lohnabhängigen) steigern würde und außerdem eigene Ausübung von Rassismus und Sexismus wäre. Und falsch ist auch die Forderung (an die jetzt Herrschenden) nach einem bedingungslosen Mindesteinkommen in Höhe des sozio-kulturellen

gen“ (FT-CI-Manifest – meine Hv.), sondern zu fordern sind Maßnahmen, die die Lage der Beherrschten und Ausgebeuteten *tatsächlich* verbessern und die *tatsächlich* (ohne Revolution) durchsetzbar sind – und darüber hinaus ist zu argumentieren, warum Forderungen an die jetzt Herrschenden bzw. Maßnahmen, die *ohne* Revolution durchsetzbar sind, *nicht ausreichend* sind, sondern ein revolutionärer Bruch notwendig ist, um nicht nur Symptome zu lindern, sondern Ursachen zu bekämpfen. Statt diesen Unterschied – wie es Lenin (wenn auch mit kritisierenswerter „Betrugs“-Rhetorik) machte<sup>20</sup> – herauszuarbeiten, *verwischt* das trotzkistische Konzept der „Übergangsforderungen“ diesen Unterschied.

#### 4. „Bürokratie“-Floskel als Universal-Erklärung für Unerfreuliches

In meiner Kritik am Trotzismus-Verständnis der IV. Internationale schrieb ich: „Mir scheint ‚die Bürokratie‘ [... ist] so eine Art Universalschlüssel mit dem alles und nichts erklärt werden.“

Auch diese Kritik trifft das FT-CI-Manifest ebenfalls. So heißt es beispielsweise auf

##### Seite 6:

*„Doch trotz der Kampfbereitschaft, die die ArbeiterInnen weltweit zeigen, haben sie an der Spitze ihrer Organisationen immer noch Gewerkschaftsbürokratien, deren Aufgabe es ist, diese Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen und der Massen gegen die KapitalistInnen und ihre Regierungen zurückzuhalten.“*

Auf **Seite 7** ist dann zweimal von der „stalinistischen Bürokratie“ (und im gleichen Sinne auf **Seite 6** von „ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten“ und der „Bürokratisierung der Sowjetunion“ sowie auf **Seite 38** von „Bürokratie“ und „parasitäre[r] Bürokratie“<sup>21</sup>), an die diversen Stellen<sup>22</sup> im Manifest von „der Bürokratie“ verschiedenen konkreter Organisationen und auf **Seite 13** – im nicht spezifisch trotzkistischen

---

Existenzminimums, wenn darunter deutlich mehr als das jetzige ALG II verstanden wird, oder nach einem (generellen) Verbot der Schließung *von* oder von Entlassungen *in* unprofitablen Betrieben, da diese Ziele im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise nicht realisierbar sind (vgl. [1](#) und [2](#)). Derartige Maßnahmen *dennoch* von den jetzt Herrschenden zu fordern, würde nicht Illusionen abbauen, sondern sie *schüren*; eine Auseinandersetzung zu beginnen, aber die Massen nicht auf das vorzubereiten, was sie impliziert (die Machtfrage zu stellen), ist *nicht* geschickte revolutionäre Strategie, sondern Harakiri.

19 Während des NaO-Prozesses hatte ich geschrieben: „Wenn sie [die RevolutionärInnen] nicht wissen, welches Ziel sie anstreben, hat es auch keinen Sinn, daß sie nach einem Weg zu dessen Erreichung suchen. Und [...]: Von einem Ziel, das nicht benannt wird und für das nicht argumentiert wird, können diese Massen auch nicht überzeugt werden; und der Vorschlag, einen bestimmten Weg zu gehen, ist nicht plausibel, wenn nicht auch gesagt wird, zu welchem Ziel er führen soll.“ (<http://www.nao-prozess.de/blog/mit-argumenten-oder-mit-forderungen-ueberzeugen-zur-kritik-der-trotzkistischen-uebergangsforderungen-didaktik/>)

20 „Es ist [...] ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt.“ ([LW 22](#), 175).

21 „Der Kommunismus ist kein Zustand, der sich mit Zwang durch eine Bürokratie durchsetzen lässt.“ / „Unter dem Stiefel der parasitären Bürokratie und der Isolation durch die wichtigsten Mächte der Welt“.

22 **Seite 10**: „Kampf gegen den Druck der Regierung und deren Verbündete in der Bürokratie der COB“; **ebd., FN 1**: „Bürokratie der COB (Central Obrera Boliviana, Bolivianisches ArbeiterInnenzentrum)“ / „Bürokratie der Mine und der COB“; **Seite 33** in Bezug auf Chile: „Bürokratie der CUT und der KP“.

Sinne – von „Brüsseler Bürokratie unter starkem Einfluss Deutschlands“ die Rede. Außerdem wird ganz allgemein von „Bürokratie“ gesprochen, sodaß unklar bleibt, ob die „Bürokratie“ eines Staates, einer oder mehrerer Parteien oder einer oder mehrerer Gewerkschaften gemeint ist:

*„Die Spaltung des Peronismus und der Beginn eines Prozesses des Bruchs von Sektoren der ArbeiterInnenklasse mit der Regierung und die weit verbreitete Wut **gegen die Bürokratie** stellen eine große Möglichkeit dar, um Schritte im Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in Argentinien zu gehen.“* (S. 22 – meine Hv.)

*„**Ein Flügel der Bürokratie**, der mit der Regierung von Evo verbunden ist, boykottiert die Entstehung einer politischen Organisation der ArbeiterInnen direkt, während ein anderer Flügel der Bürokratie der COB versucht, sie im Rahmen des Regimes zu halten und zu verhindern, dass sie mit den Prozessen des Klassenkampfes verbunden wird und der ArbeiterInnendemokratie sowie der Basis der Gewerkschaften unterworfen wird.“* (ebd. – meine Hv.)

*„[...] Verteidigung der Errungenschaften [...], die – auch wenn sie durch die **Politik der Bürokratie** verfallen – von der Revolution übrig bleiben, um dem Ein-Parteien-Regime der KP Kubas und der privilegierten bürokratischen Kaste ein Ende zu setzen.“* (S. 27 – meine Hv.)

Während in ersterem der drei zuletzt angeführten Zitate *immerhin* konkret auf Argentinien und im zweiten Fall auf Bolivien und im dritten auf Kuba Bezug genommen wird, gibt es weitere Stellen, die *völlig jenseits von Zeit und Raum* von „der Bürokratie“ reden:

*„das strategische Ziel der Taktik der Einheitsfront [ist] die Entwicklung revolutionärer Fraktionen, die fähig sind, **der Bürokratie** die Führung streitig zu machen. Wir RevolutionärInnen kämpfen dafür, die gewerkschaftlichen Organisationen für den Kampf der Ausgebeuteten zurückzugewinnen, die gewerkschaftliche Demokratie in ihrem Inneren durch den Rauswurf der Bürokratie<sup>23</sup> und die komplette Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom kapitalistischen Staat zu erobern.“* (S. 30 – meine Hv.)

Was sind die gemeinsamen Merkmale oder was macht zumindest die „Familienähnlichkeit“ (Wittgenstein) all dieser Phänomene aus, die sinnvoll erscheinen lassen, sie alle unter dem Terminus „Bürokratie“ zu denken – und was ist dann mit dem Begriff konkret ausgesagt oder besser noch erklärt? Wie wird in der trotzkistischen Bürokratie-Theorie der Zusammenhang von Sozialem (Entstehung der und Zugehörigkeit zu der „Bürokratie“) und Politischem (hier: den falschen politischen Linien von Sozialdemokratie und Stalinismus) gedacht?

---

<sup>23</sup> Entsprechend speziell in Bezug auf Uruguay: „es [ist] fundamental, dass die ArbeiterInnenbewegung für die völlige und bedingungslose Unabhängigkeit ihrer Kampforganisationen vom kapitalistischen Staat kämpft, was untrennbar mit dem Kampf für die gewerkschaftliche Demokratie, für den **Rauswurf der Gewerkschaftsbürokratie** aus den ArbeiterInnenorganisationen verbunden ist“ (S. 23).

Konkreter gefragt: Was ist *zum einen* hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung, der Funktionsweise sowie der gesellschaftlichen und politischen Effekte das Gemeinsame oder zumindest Ähnliche der

- der parteipolitisch *pluralistisch* zusammengesetzten „Brüsseler Bürokratie“ eines *europäischen* Verbundes bürgerlicher Nationalstaaten mit seit geraumer Zeit zunehmend *neoliberaler* Regierungspolitik
- der „Bürokratie“ eines bürgerlichen Staat *in der Peripherie*, wie Bolivien und Venezuela, mit linksnationalistischer Regierung mit *anti-neoliberalen* Anspruch
- der „Bürokratie“ nicht eines Staates, sondern einer – strömungs-*pluralistisch* zusammengesetzten – reformistischen *Partei* oder *Gewerkschaft*
- der „Bürokratie“ von – u.a. von einem *Fraktionsbildungsverbot* gekennzeichneten – stalinistischen, post- und parastalinistischen Parteien und der von ihnen regierten Staaten
- und schließlich der an diesen Parteien und Staaten ideologisch orientierten Oppositionsparteien in *bürgerlichen* Staaten?

Ist es wirklich möglich und sinnvoll, all diese Phänomene unter dem gleichen Begriff zu denken?

Und was ist andererseits die *differentia specifica* zwischen all diesen „Bürokratien“ und dem Apparat von FunktionärInnen, den auch jede nicht reformistische, sondern revolutionäre und zugleich nicht-stalinistische Organisation, die größer als eine autonome Kleingruppe ist, und jeder sozialistischer Halbstaat benötigen?<sup>24</sup>

Warum ist nach trotzkistischer Ansicht angemessen

- einerseits **sowohl** die Institutionen von (bestimmten) *Staaten* **als auch** die Apparate von (bestimmten) *nicht-staatlichen* Organisationen als „Bürokratie“ zu bezeichnen,
- andererseits **aber nicht alle** solche Institutionen und Apparate „Bürokratie“ zu nennen?

Und *wie* und aus welchem *Grunde* (oder aus welchen – gemeinsamen oder ähnlichen – *Gründen*) kommt es zur Verwandlung eines nicht-bürokratischen FunktionärInnen-

---

<sup>24</sup> Ohne *dafür* (notwendiger FunktionärInnenapparat *versus* schädliche Bürokratie) über ein **klares Unterscheidungskriterium** zu verfügen, kann sich die trotzkistische Bürokratie-Kritik (trotz gegenteiliger Absicht) nicht argumentativ überzeugend von anarchistischer Organisationsfeindlichkeit und anarchistischer Negation eines sozialistischen Übergangstaates abgrenzen.

apparates in eine „Bürokratie“ (im pejorativen, trotzkistischen Sinne)? – Sind das für alle Anwendungsfälle der trotzkistischen „Bürokratie“-Floskel die gleichen? Wäre nicht die *Analyse dieser Gründe* viel wichtiger als die Vergabe des „Bürokratie“-Etiketts?!

Noch konkreter z.B. zu dem Satz auf S. 6 des FT-CI-Manifestes: Wer hat denn *den* „Gewerkschaftsbürokratien“ die „Aufgabe“ (sic!) gegeben, die „Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen und der Massen gegen die KapitalistInnen und ihre Regierungen zurückzuhalten“?! Wer hat die ‚GewerkschaftsbükratInnen‘ in Amt und Würden gebracht? Ist es tatsächlich deren „Aufgabe“, die „Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen und der Massen gegen die KapitalistInnen und ihre Regierungen zurückzuhalten“? Ist es tatsächlich so, die Massen immer kämpfen wollen und die BürokratInnen immer bremsen?<sup>25</sup> – Ist es in jeder – auch noch so schlechten – Lage sinnvoll zu kämpfen? Ist es nicht tatsächlich nur allzu oft notwendig, *nicht* zu kämpfen / stillzuhalten / auszuweichen, um die eigenen Kräfte nicht in aussichtslosen Kämpfen zu verschwenden?

Auf S. 10 heißt es in FN 1: *„Diese Politik der Bedrohung seitens der MAS-Regierung und ihrer Verbündeten in der Bürokratie der Mine und der COB erzeugte ein Klima der Benommenheit unter den ArbeiterInnen und ermöglichte den Sieg der offiziellen Liste.“*

*Warum* waren die Arbeiter auf eine solche „Bedrohung“ *nicht vorbereitet*? Welche falschen Vorstellungen hatten also nicht nur Regierung und „Bürokratie“, sondern auch die ArbeiterInnen selbst? Und noch einmal: Wie kamen diese Regierung und wie kamen diese „Bürokratie“ in Mine und Gewerkschaft in Amt und Würden? – Was ist *konkret* damit *erklärt*, daß diejenigen, die eine andere Politik betreiben, als die FT-CI sie für richtig hält, (und wahrscheinlich auch eine andere Politik betreiben, als ich sie für richtig halte), als „Bürokratie“ bezeichnet werden?

Was verstehen wir dadurch mehr an all diesen unterschiedlichen Kampfsituationen und Kampfentwicklungen und was folgt daraus strategisch? – Mir scheint: Die trotzkistische „Bürokratie“-Floskel bietet letztlich keine materialistische Erklärung und erlaubt daher auch keine Schlußfolgerungen für die revolutionäre Strategie, sondern ist letztlich ein moralistisches *Verurteilungsetikett*, dessen moralistischer Charakter dadurch bemäntelt wird, daß er in soziologistischen Jargon („Bürokratie“) gekleidet wird. Statt dessen müßte aber gerade der *Zusammenhang* von sozialer Lage („Bürokratie“) und (falscher) politischer Linie (Stalinismus/Sozialdemokratismus) geklärt/erklärt werden, wenn es sich um eine aussagekräftige und handlungsorientierende Analyse handeln soll.

Daß es daran fehlt, ist m.E. die Folge davon, daß die trotzkistische Bürokratie-Floskel begrifflich unterbestimmt ist. Von „Bürokratie“ sprechen TrotzkiInnen so ähnliche, wie alle MarxistInnen (mehr oder minder) zurecht von „Kapital“ sprechen. Dafür, was „Kapital“ im marxistischen Diskurs bedeutet, gibt es eine klare Definition, bzw. es gibt

---

<sup>25</sup> Vgl. noch einmal: <http://theoriealspraxis.blogspot.de/2015/08/07/warum-durchaus-nicht-immer-die-boese-fuehrung-schuld-ist/>.

ein klar umrissenes Realobjekt, das vom Marxismus als „Kapital“ bezeichnet wird – und dies ermöglicht, bestimmte sehr allgemeine Aussagen über das „Kapital“ und das (wahrscheinliche) Verhalten der Angehörigen der kapitalistischen Klasse zu machen: So muß jedeR einzelne KapitalistIn, um in der kapitalistischen Konkurrenz möglichst gut und möglichst lange bestehen zu können, darauf bedacht sein, möglichst hohe Profite zu erzielen, also die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten. Daraus läßt sich auch erklären, wie sich das Kapital in bestimmten Konflikt- und Entscheidungssituationen (wahrscheinlich) verhält oder tatsächlich verhalten hat. (Unsicherheitsfaktoren sind hier allein, daß sich Handlungsfolgen – insbesondere Gegenreaktionen von anderen AkteuerInnen – nicht immer genau vorhersehen lassen, weshalb auch immer defensivere oder offensivere / integrativere oder konfliktlösere Handlungsstrategien in Betracht kommen – was von einem [leider nur allzu oft zu *allgemeinen*] marxistischen Sprachgebrauch *übersehen* wird.)

In Bezug auf die vielfältigen Phänomene, die von TrotzistInnen „die Bürokratie“ genannt werden, ist aber **unklar**,

- ob ihnen allen gleichermaßen ein Selbsterhaltungsinteresse unterstellt werden kann, wie es für „das Kapital“ noch relativ einfach gemacht werden kann.<sup>26</sup>
- ob sie in ihren ziemlich unterschiedlichen Handlungskontexten alle zu den gleichen – oder zumindest ähnlichen – Handlungsweisen greifen müssen, um ihrem eventuelle Selbsterhaltungsinteresse gerecht zu werden – oder ob die Phänomene, die der Trotzismus unter dem Ausdruck „die Bürokratie“ zusammenfasst, nicht viel vielfältiger sind, als das, was der Marxismus mit dem Begriff „das Kapital“ bezeichnet.

## 5. Nebenwiderspruchs-Denken

Das, was die FT-CI „sexistische, frauenfeindliche, homophobe, rassistische und fremdenfeindliche Vorurteile“ (S. 32) nennt, kommt in dem Manifest ausschließlich als Effekte „bürgerlicher Propaganda“ (ebd.) bzw. ‚Einpflanzung‘ (S. 33)<sup>27</sup> vor, aber nicht als (relativ) Eigenständiges und bereits in vor-kapitalistischen Gesellschaften Verhandeltes. Außerdem liegt in dem Begriff „Vorurteile“ eine Reduktion der genannten Phänomene auf Ideologie / ‚falsches Bewußtsein‘. Sexistische und rassistische **Lohndiskriminierung**; ungleiche Verteilung von Haus**arbeit** zwischen den Geschlechtern; ungleiche Verteilung von **Vermögen** zwischen Frauen und Männern sowie Schwarzen und Weißen; patriarchale, rassistische, homo- und transphobe

---

26 Während wir (bisher) keinen Fall kennen, in dem das Kapital freiwillig abgetreten ist, hat sich die ‚real‘sozialistische „Bürokratie“ letztlich kampfflos ergeben.

27 „Unterdrückung und die Vorurteile [...], die die Bourgeoisie mittels des Staates, ihrer Parteien und Institutionen wie der Kirche in die ArbeiterInnenklasse *einpflanzt*, um die Ausbeutung zu verschärfen.“ (meine Hv.) – Jedenfalls patriarchale Bewußtseinsinhalte mußte die Bourgeoisie nicht erst „einpflanz[en]“, *als* (bzw. *nachdem*) sie sich herausgebildet (herausgebildet hatte), da sie längst verbreitet waren und von ihr *vorgefunden* wurden.

**Gewalt** als **materielle** Realitäten werden mit der bloßen Rede von „Vorurteilen“ ausgeblendet. Auch die Begriffe „Patriarchat“, „Männerherrschaft“ und „Geschlechterverhältnis“<sup>28</sup> kommen in dem Manifest *nicht* vor.

Frauen und Schwarze kommen damit nur als besonders Betroffene der *kapitalistischen* Herrschaft<sup>29</sup> vor – aber *nicht als von Männern bzw. Weißen* Beherrschte und Ausgebeutete und auch nicht als AkteurInnen des Widerstandes *dagegen*. Der „klassenübergreifende Charakter“ der Frauenbewegung wird deshalb nicht als etwas Notwendiges und Richtigeres, solange es noch Klassen gibt, angesehen, sondern als etwas Problematisches: „Die Frauenbewegungen, die Bewegungen für die sexuelle Befreiung und für die BürgerInnenrechte, sind klassenübergreifende Bewegungen, was sie für die bürgerliche Ideologie empfänglich macht“ (ebd.).

Auf S. 33 heißt es dann:

*„Für uns RevolutionärInnen ist es eine Frage des Prinzips, jede Art der Unterdrückung und die Vorurteile zu bekämpfen, die die Bourgeoisie mittels des Staates, ihrer Parteien und Institutionen wie der Kirche in die ArbeiterInnenklasse einpflanzt, um die Ausbeutung zu verschärfen. Das bedeutet aber mitnichten eine Anpassung beispielsweise an den kleinbürgerlichen Feminismus in seinen verschiedenen Varianten, das Aufgeben der proletarischen Strategie und den Aufbau breiter Parteien mit Basis in verschiedenen Bewegungen.“*

Und bereits auf S. 32 ist von der *„strategische[n] Position, die die ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus hat, welche sie zum fundamentalen Subjekt der Revolution macht,“* die Rede.

Damit vertritt die FT-CI genau das übliche marxistische Nebenwiderspruchs-Denken in Bezug Patriarchat (und Rassismus) – auch wenn TrotzkiInnen häufig versuchen das Nebenwiderspruchs-Denken allein dem Maoismus in die Schuhe zu schieben – und zwar mit der fadenscheinigen Begründung, daß sie selbst das *Wort* „Nebenwiderspruch“ vermeiden. Dies zeigt aber nur, daß ihnen das Wort fehlt, was ihr tatsächliches Denken in dieser Frage auf den (zu)treffenden *Begriff* ihrer – politisch *falschen* – Position bringt.

Zwar ist schließlich zutreffend, daß die „Pluralität“ von „Unterdrückungsformen“ „keine einfache Aufzählung von Unterschieden ist“ (S. 32) bzw. – bei zutreffender Analyse: – sein *sollte*. Dies heißt aber *nicht*, daß die verschiedenen Herrschafts- und Ausbeu-

---

<sup>28</sup> Statt dessen kommt im Manifest der ziemlich kuriose Ausdruck „Geschlechterunterdrückung“ vor. Geschlechter werden von der herrschenden Ordnung aber nicht etwa „unterdrück[t]“, sondern vielmehr hervorbracht. Und die einzige Form von Geschlechter*herrschaft*, von der wir gesichert Kenntnis haben, ist die Herrschaft von Männern über Frauen (und Inter\*). – Die Hypothese von einem urgesellschaftlichen Matriarchat wird dagegen – auch in der feministischen Forschung – heute weit überwiegend verworfen – und soweit an ihr festgehalten wird, wird sie üblicherweise nicht als herrschaftliches Gegenstück zum Patriarchat (als Männerherrschaft) verstanden.

<sup>29</sup> Rassismus und Sexismus *als* (vermeintlich) *bewußtes Kalkül* der kapitalistischen Klasse: „einpflanzt, *um* die Ausbeutung zu verschärfen.“ (S. 33 – meine Hv.)

tungsverhältnisse bloße – hegelianische – „Erscheinungsformen“ oder „Ausdrücke“ bloß eines einzigen (nämlich: kapitalistischen) „Wesens“ sind; sie stehen auch nicht in einem Verhältnis von Ursache und Wirkung; Struktur und Symptomen.

Die „Unterschiede“ zwischen Männern und Frauen sowie Weißen und Schwarzen sind – ähnlich wie der „Unterschied“ zwischen KapitalistInnen und Lohnabhängigen – Unterschiede zwischen *Herrschenden und Ausbeutenden* einerseits und *Beherrschten und Ausgebeuteten* andererseits. Männer und Weiße sind, was Sexismus und Rassismus anbelangt, nicht Opfer falscher Einreden / Manipulation durch die *Bourgeoisie*, sondern materielle und mentale Profiteure (Männer) bzw. ProfiteurInnen (Weiße) je *spezifischer* Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse.

Deshalb vermengt auch die Formulierung auf S. 33, „*strategische Position, die die ArbeiterInnenklasse im Kapitalismus hat, welche sie zum fundamentalen Subjekt der Revolution macht*“, Zutreffendes und Unzutreffendes: Zwar haben die Lohnabhängigen *in der kapitalistischen Produktionsweise* eine „strategische Position“ inne; aber eine entsprechende Position haben (*nicht Lohnabhängige* [unabhängig von Sexuierung und Rassifizierung], sondern) *Frauen* im patriarchalen Geschlechterverhältnis und *Schwarze* im rassistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis inne. Wenn deren „starker Arm es will“, stehen die „Räder“ von Patriarchat und Rassismus ähnlich „still“, wie die „Räder“ des Kapitals still stehen, wenn das Proletariat „es will“<sup>30</sup>.

Zwar haben die Lohnabhängigen *in der kapitalistischen Produktionsweise* eine „strategische Position“ inne, aber heutige Gesellschaftsformationen sind nicht nur vom Lohnarbeits-Kapital-Verhältnisses, sondern auch vom patriarchalen Geschlechterverhältnis zwischen Männern und Frauen sowie vom rassistischen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis zwischen Weißen und Schwarzen *materiell und ideologisch* strukturiert. Zwar stehen diese verschiedenen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in der Tat *nicht einfach nebeneinander*, sondern – je nach Situation – verstärken sie sich mal oder formen sich einander um<sup>31</sup>, aber sie stehen zu einander *nicht* im Verhältnis von Ursache und Wirkung.

## 6. Varia

### a) „sexuelle Befreiung“

Gegen den Begriff „sexuelle Befreiung“ (S. 32, 33) im Manifest der FT-CI ist spiegelbildlich das Gleiche einzuwenden, das ich [kürzlich bereits](#) gegen den Ausdruck „sexuelle Unterdrückung“ in Texten der IV. Internationale einwandte: „Statt allein von ‚Unterdrückung‘ zu reden, wäre also besser von ‚Herrschaft‘ zu reden, die zwar Unter-

---

<sup>30</sup> Vgl. zu den Liedtext-Zitaten: <https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeslied>.

<sup>31</sup> So ist der Abbau oder sogar die Beseitigung von *rechtlicher* Ungleichheit zwischen Frauen und Männern sowie Schwarzen und Weißen auch von der kapitalistischer Freiheit und Gleichheit begünstigt; aber ohne feministischen Kampf von Frauen und antirassistischen Kampf von Schwarzen bedeutet dies weder ein Ende des Patriarchats noch ein Ende von Rassismus. – Und diese Kämpfe werden den Frauen und Schwarzen auch nicht die weißen Arbeiter abnehmen, da sie selbst Profiteure von Rassismus und Sexismus sind.

drückung einschließt, aber sich *nicht* auf Unterdrückung *reduziert* ist, sondern immer auch ‚Angebote‘, Hegemonie, Subjektivierung/Identifizierungsangebote (z.B. früher als gute Hausfrau und Mutter; heute eher als *toughe* ‚Managerin‘, die Familie und Beruf unter einen Hut bringt; früher eher als guter Arbeiter und heute eher als guteR Selbst-UnternehmerIn usw.) beinhaltet.“ Die Überwindung von – in dieser Weise funktionierender – Herrschaft ist weitaus komplexer als die „Befreiung“ von schlichter „Unterdrückung“.

### **b) Eine Anhäufung moralisierender und subjektivistischer Ausdrücke**

Auf S. 20 des FT-CI-Manifestes ist von „Betrug der chavistischen und populistischen Strömungen“ die Rede.<sup>32</sup> Auf S. 25 f. wird die Politik der KKE in Griechenland als „kriminell“ bezeichnet.<sup>33</sup> Auf S. 36 heißt es: *„Das Wort Kommunismus wurde während langer Perioden des 20. Jahrhunderts in den Händen des Stalinismus pervertiert, der versucht hat, es mit parasitären bürokratischen Diktaturen der ArbeiterInnenstaaten und verräterischen Führungen, die komplett auf die Seite der kapitalistischen Restauration übergegangen sind, zu identifizieren.“*

Mit diesen Formulierungen ist leider wenig bis nichts zur Analyse und Kritik falscher Auffassungen in der Linken geleistet, denn diese Formulierungen reduzieren diese Fehler auf schlechte Vorsätze und moralische Fehlhaltungen („Betrug“, „kriminell“, „verräterisch“). Es wird nicht analysiert, wie objektive Schwierigkeiten und theoretische Defizite zu improvisierten Antworten führen, die sich erst im Laufe der Zeit zu falschen politischen Linien verfestigen und die auch dann noch zumeist mit besten Vorsätzen und nicht mit schlechten Absichten verfolgt werden.

### **c) „Zerschlagung des Staates Israel“ – und was ist mit den semi-staatlichen Strukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten?**

Auf S. 20 des FT-CI-Manifestes heißt es: „Gegen die falsche Zwei-Staaten-Lösung und die reaktionäre Strategie der islamischen Führungen, die einen theokratischen Staat zu etablieren suchen, kämpfen wir für die Zerschlagung des Staates Israel als proimperialistische und koloniale Enklave und für einen einheitlichen palästinensischen Staat auf dem gesamten historischen Territorium: ein sozialistisches Palästina der ArbeiterInnen, wo AraberInnen und Juden/Jüdinnen in Frieden zusammenleben können.“

So, wie MarxistInnen generell kein Interesse an nationalistischer Kleinstaaterei haben<sup>34</sup>, so wäre im Nahen Osten in der Tat ein sozialistischer Staat, „wo AraberInnen

32 Etwas vorsichtigerweise heißt auf S. 25 f.: „Der Weg der graduellen Reformen zur sozialen und nationalen Befreiung in Lateinamerika ist eine Sackgasse, die größte Utopie seitens der angeblich ‚realistischen PolitikerInnen‘, *wenn man ihn nicht als den größten Betrug ansehen möchte.*“ (meine Hv.)

33 „In diesem Sinn ist die Politik der KKE kriminell, die einen wichtigen Sektor des Proletariats anführt, aber sich weigert, diese Politik der Einheitsfront in Richtung der Mehrheitsführungen zu machen und stattdessen ihre eigenen Aktionen organisiert, womit sie ein großes Hindernis für die Perspektive eines wirklichen politischen Generalstreiks darstellt, der die Regierung der ‚Troika‘ stürzt.“

34 „Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung.“ (LW 22, 148) / „Jede Propagierung der Trennung der Arbeiter einer Nation von einer anderen, alle Ausfälle gegen marxistisches ‚Assimilantentum‘ [...] ist *bürgerlicher* Nationalismus, gegen den ein unbedingter Kampf geführt werden muß. [...]. Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag die-

und Juden/Jüdinnen in Frieden zusammenleben können“, vorzuziehen.

Dies ist freilich mit zwei ‚kleinen Problemen‘ konfrontiert: Weder der Sozialismus noch das friedliche Zusammenleben sind in besonders greifbarer Nähe...

So wie LeninistInnen zwar generell für das Recht auf nationale Lostrennung (aber nicht unbedingt für dessen Ausübung) sind, so wäre auch im vorliegenden Fall die *eigene* grundsätzliche Präferenz für eine säkulare, multinationale Lösung von dem Recht beider Seiten des israelisch-palästinensischen Konflikts, sich auf eine 2-Staaten-Lösung zu einigen, zu unterscheiden.

Hinzukommt: Ein *sozialistischer* Staat in diesem Gebiet (der im übrigen, wenn er ein Staat des friedlichen Zusammenleben von Juden/Jüdinnen und AraberInnen sein soll, auch nicht „Palästina“, sondern so etwas wie „Sozialistische Union in Israel/Palästina“ heißen sollte) bedarf *nicht nur* der Zerschlagung der bürgerlichen Strukturen des israelischen Staates, sondern auch der Zerschlagung der gleichfalls bürgerlichen, semi-staatlichen Strukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie der bewaffneten Strukturen des Islamismus.

Schließlich zeugt es von einem Mangel an historischer Analyse, Israel „als proimperialistische und koloniale Enklave“ zu bezeichnen: Der klassische portugiesische, spanische, niederländische und französische Kolonialismus war *nicht* aus einer ähnlichen Verfolgungssituation wie dem europäischen Antisemitismus entstanden (auch der britische Kolonialismus war nur teilweise von Angehörigen nicht-anglikanischer religiöser Minderheiten getragen); Israel ist keinem kolonialen „Mutterland“ angegliedert oder zugeordnet und folglich auch *nicht wegen* der imperialistischen Interessen eines solchen Mutterlandes gegründet worden<sup>35</sup>; und schließlich: seine Gründung erfolgte auch mit Zustimmung des – in trotzkistischer Terminologie – „degenerierten Arbeiterstaates“ UdSSR, also nicht nur der imperialistischen Staaten. Schließlich ist auch die Bezeichnung „Enklave“ falsch, da Israel einen eigenen Ausgang zum freien Meer hat.

## 7. Eine empiristische Epistemologie der Erfahrungen

Mir scheint kein Zufall zu sein, daß das Wort „Theorie“ in dem FT-CI-Manifest insgesamt nur fünf Stellen in vier Sätzen vorkommt – davon einmal als Bezeichnung für eine von der FT-CI *abgelehnte* „Theorie der demokratischen Revolution“ (S. 25) und ein weiteres Mal in Form der ebenfalls *abgelehnten* „Theorie des Sozialismus in einem Land“ (S. 39); zweimal in Bezug auf die „permanente Revolution“<sup>36</sup> und einmal als „revolutionäre Theorie“ (S. 10) – also nur dreimal in positivem Kontext. Auch das Substantiv „TheoretikerInnen“ kommt nur zweimal vor – ausgerechnet beide Male in

---

ser noch so ‚gerecht‘, ‚sauber‘, verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit“ (LW 20, 18, 19).

35 Allenfalls läßt sich sagen, daß die Anwesenheit des europäischen Imperialismus im Nahen Osten *eine* der Grundlage war, die es ermöglichte, das aus *anderen* Gründen entstandene Interesse, Israel zu gründen, *realisiert* werden konnte.

36 „Theorie der Permanenten Revolution“ (S. 38) / „Theorie-Programm der permanenten Revolution“ (S. 39).

Bezug auf autonome TheotikerInnen<sup>37</sup>. Und einmal kommt schließlich das Adjektiv „theoretisch“ vor.<sup>38</sup>

Die Wörter „Analyse“ / „analysieren“ sowie „erkennen“ / „Erkenntnis“ kommen in dem Manifest gar nicht vor.

Dagegen kommt das Wort „Erfahrung“ gleich zehnmal vor, z.B.

- als die „*von der ArbeiterInnenbewegung angehäufte Erfahrung*“, die schlicht ihren „*Ausdruck in den ersten vier Kongressen der III. Internationale*“ (S. 7) fand – die *theoretische Anstrengungen*, derer es bedurfte, damit die „Erfahrung“ in die Beschlüsse der ersten vier KomIntern-Kongresse münden konnte und die *Auseinandersetzungen*, die darum gefühlt wurden (weil nämlich durchaus *nicht klar* war, was aus den „Erfahrungen“ zu lernen ist), kommen dagegen in dem Manifest *nicht* vor.
- als: „*Die Erfahrung der sozialen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bewies mittels Fakten*“ (S. 9) – freilich ist die Erfahrung kein Subjekt, das etwas beweisen könnte. Beweisen können TheoretikerInnen bzw. AnalytikerInnen (also Theorie-ArbeiterInnen) – aber auch sie nicht dadurch, daß sie sich schlicht auf „Fakten“ berufen, sondern daß sie diese „Fakten“ im Rahmen einer Beweisführung / Argumentation *triftig* anführen.
- Auf S. 11 wird behauptet: „*Erfahrungen [...] haben einen großen Bildungswert, weil sie zeigen, [...]*“ – wiederum kommt in dem Manifest nicht vor, daß Erfahrung unterschiedlich verarbeitet werden und (je nach dabei verwendetem theoretischen Instrumentarium) zu gegensätzlichen Schlußfolgerungen führen können.
- Auf S. 15 und 29 ist jeweils vom „[B]eschleunigen“ und auf S. 34 von der „Beschleunigung“ der „Erfahrung der Massen“ die Rede sowie auf S. 19 ähnlich von der Weiterentwicklung der „Erfahrungen der Massen“<sup>39</sup> – nur ist freilich der Umstand, daß Erfahrungen schnell gemacht werden, in keiner Weise eine Garantie dafür, daß auch die richtigen Schlußfolgerungen daraus *schnell* oder auch nur *überhaupt* gezogen werden. (Die Lohnabhängigen machen nicht erst seit gestern „Erfahrungen“ mit der kapitalistischen Produktionsweise; die Frauen nicht erst seit vorgestern mit dem Patriarchat – und trotzdem ist die Zahl der revolutionären AntikapitalistInnen und der revolutionären Feministinnen doch eher gering.) – Eher ließe sich sogar umgekehrt sagen, daß, wenn Erfahrun-

---

37 „TheoretikerInnen wie Toni Negri“ (S. 17) / „TheoretikerInnen des Autonomismus“ (S. 37)

38 den Ereignissen „mit der bestmöglichen theoretischen, programmatischen, strategischen und organisatorischen Vorbereitung entgegenzuschreiten“ (S. 10).

39 „dazu beitragen, die Erfahrung der Massen mit ihren Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie weiterzuentwickeln“.

gen *langsam* gemacht werden, mehr Zeit zur Verfügung steht, sie gründlich zu analysieren und dadurch die *Wahrscheinlichkeit* (die freilich auch keine *Garantie* ist) steigt, daß aus ihnen richtige Schlüsse gezogen werden.

- Und auf S. 34 wird ganz ausdrücklich behauptet: „*Es geht darum, die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse **mittels ihrer Erfahrung** für die Revolution zu gewinnen.*“ (meine Hv.) – Engels und Lenin hatten dagegen etwas ganz anderes behauptet: „Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein, [...] stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will. Es wird darauf ankommen, die so gewonnene, immer mehr geklärte Einsicht unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten, [...]“ ([MEW 18](#), 517). Damit „den Arbeitern *dieses* [die Teilnahme an der Ausarbeitung der Theorie] *häufiger gelinge*, ist es notwendig, alles zu tun, um das Niveau der Bewußtheit der Arbeiter im allgemeinen zu heben; ist es notwendig, daß die Arbeiter sich nicht in dem künstlich eingeengten Rahmen einer ‚*Literatur für Arbeiter*‘ abschließen, sondern daß sie es immer mehr lernen, sich die *allgemeine Literatur* zu eigen zu machen.“ ([LW 5](#), 395, FN \* – Hv. i.O.). „der revolutionäre Arbeiter [...] wird [...] sagen: [...] wir wollen *alle* Seiten des politischen Lebens gründlich kennenlernen und *aktiv* an jedem politischen Geschehnis teilnehmen. Dazu ist es notwendig, daß die Intellektuellen uns weniger das wiederholen, was wir schon selber wissen, dafür aber uns mehr davon vermitteln, was wir noch nicht wissen, **was wir aus unserer Fabrikerfahrung** und ‚ökonomischen‘ Erfahrung **nie lernen können**, nämlich: politisches Wissen. Dieses Wissen könnt ihr, Intellektuelle, erwerben, und ihr seid *verpflichtet*, es uns in hundert- und tausendfach größerem Ausmaß zu übermitteln, als ihr es bis jetzt getan habt, [...]“ (ebd., 438, 429, 430 – kursive Hv. i.O.; fette Hv. von mir).

Nach Engels und Lenin ist also durchaus nicht nur die Aufgabe der revolutionären Führung durch geschickte Taktik zu organisieren, daß die Massen die nötigen Erfahrungen machen<sup>40</sup>, aus denen sie dann quasi-automatisch die richtigen Konsequenzen ziehen. Vielmehr ist deren Aufgabe, die „Einsicht [des wissenschaftlichen Sozialismus] unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten“ (Engels) und zu ermöglichen, daß diese an der Ausarbeitung der Theorie zunehmend selbst aktiv teilnehmen (Lenin). Seit den Zeiten von Engels und Lenin haben sich die Voraussetzung dafür aufgrund der drastisch gestiegenen Studierendenquote und überhaupt des gestiegenen Ausbildungsniveaus der Lohnabhängigen massiv

---

40 In diese Richtung geht nicht nur die schon zitierte Stelle von S. 34 des Manifestes („Es geht darum, die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse mittels ihrer Erfahrung für die Revolution zu gewinnen.“), sondern auch der Satz auf der gleichen Seite: Der Aufstand sei „eine Kunst, was eine Führung impliziert, die die *Aktion* der Massen bewusst in Richtung der Übernahme der Macht orientieren kann.“ (meine Hv.) – Was ist mit der Funktion der revolutionären Partei für die Herausbildung und Verbreitung von revolutionärem Bewußtsein und diesem als Voraussetzung für eine erfolgreiche Revolution?!

Zwar ist in dem Zitat von „bewusst“ die Rede, aber dies bezieht sich (sprachlich) auf die Orientierung durch die *Führung* und nicht auf die Massen selbst.

verbessert. In dieser Situation zu postulieren, „Es geht darum, die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse *mittels ihrer Erfahrung* für die Revolution zu gewinnen.“ (S. 34 – meine Hv.), ist schon etwas kurios.

### **8. Noch einmal zurück zur optimistischen Lageeinschätzung vom Anfang des FT-CI-Manifestes**

Noch ein Zitat von **Seite 3**:

*„Die ArbeiterInnen stehen immer stärker im Mittelpunkt der Kämpfe, wie wir es in den Arbeitsniederlegungen und Generalstreiks in Griechenland und Portugal sehen, in dem Widerstand der ArbeiterInnen gegen Entlassungen in Frankreich“*

Auf **Seite 6 und 30** sowie auf **Seite 11** wird dagegen deutlich pessimistischer formuliert:

*„Den Generalstreiks, die unter den ArbeiterInnen ein großes Echo finden, wird keine Kontinuität gegeben, wodurch die Perspektive wirklicher Generalstreiks vermieden wird, die in der Lage wären, die Pläne der Bourgeoisie zu stoppen.“ / „die Politik der KKE [... stellt] ein großes Hindernis für die Perspektive eines wirklichen politischen Generalstreiks dar“.*

*„Angesichts von Betriebsschließungen und Personalkürzungen, die die Reihen der ArbeiterInnenklasse in verschiedenen europäischen Ländern zu zersetzen drohen, ist es die Politik der bürokratischen und reformistischen Führungen, die Entlassungen zu akzeptieren und bestenfalls für eine höhere Abfindung zu kämpfen. Das haben wir 2009 in Frankreich in den Kämpfen bei Continental und anderen Fabriken gesehen, die in den Methoden sehr radikal waren, aber nur mit einem Minimalprogramm geführt wurden. Leider vertritt keine der Organisationen der französischen radikalen Linken eine Perspektive, die weiter als die bürgerliche Legalität geht oder das Privateigentum und die kapitalistischen Profite in Frage stellt.“*

Auch hierzu wäre allerdings noch einmal zu fragen, warum denn die lohnabhängigen Massen diese „bürokratischen und reformistischen Führungen“ in Frankreich und die Führung der KKE in Griechenland hinnehmen und warum sich keine neuen Führungen herausbilden bzw. warum es weder der FT-CI-Sektion in Frankreich noch ANTARSYA in Griechenland, die von der FT-CI zurecht mit einigem Wohlwollen betrachtet wird, gelingt, „führend“ zu werden. Außerdem wäre zu fragen, ob tatsächlich „keine der Organisationen der französischen radikalen Linken eine Perspektive, die weiter als die bürgerliche Legalität geht oder das Privateigentum und die kapitalistischen Profite in Frage stellt“, vertritt (oder ob das vielmehr eine polemische Zuspitzung ist, um den eigenen Verein besser dastehenzulassen) und was es denn in den Augen der FT-CI konkret heißt, „weiter als die bürgerliche Legalität“ zu gehen und wie

heutige revolutionäre Organisierung in den Augen der FT-CI aussehen muß, damit sie dem damit verbundenen Illegalisierungsrisiko<sup>41</sup> standhalten kann.

Ein weiterer Einwand ergibt sich aus dem Formulierungsunterschied zwischen „Generalstreiks“ auf S. 3 und „wirklicher Generalstreiks“ auf S. 6:

- Entweder waren diese Generalstreiks keine wirklichen Generalstreiks. Dann hätte schon auf S. 3 so etwas wie „Fast-Generalstreiks“ oder „nahezu Generalstreiks“ stehen müssen.
- Oder aber es handelt sich beim Ausdruck „wirkliche Generalstreiks“ wiederum um eine Form von Teleologie und Projektion: „Wirkliche Generalstreiks“ wären dann gar nicht *wirkliche* Generalstreiks, sondern vielmehr *idealisierte* Generalstreiks, denen Eigenschaften und Wirkungen zugeschrieben werden, die sie in Wirklichkeit nicht haben. Das Problem an jedem Streik ist doch, daß das Kapital auf lange Sicht über die größeren materiellen Reserven verfügt, ihn durchzustehen; und bei einem längeren Generalstreik stellt sich die Frage, wie die Versorgung der Streikenden mit den benötigten Gütern sichergestellt werden kann.

Das heißt wiederum: Es ist nicht ausreichend, sondern sogar *falsch* dem Begriff „Generalstreik“ etwas *unterzuschieben*, was in ihm *nicht enthalten* ist (sondern allenfalls in Form von Adjektiven und Objekt-Ergänzungen *hinzukommen* kann: politisch, unbefristet, in einen revolutionären Aufstand übergehend). Jeder Streik kann *als* Streik tatsächlich nur *begrenzt*; jeder Generalstreik *als* Generalstreik kann tatsächlich nur *symbolisch* sein. Die Machtfrage kann in der außer-theoretischen Praxis nicht durch bloße Arbeitsverweigerung (Streik), sondern ausschließlich durch den bewaffneten Aufstand aufgeworfen und im sozialistischen Sinne beantwortet werden.

## 9. Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Trotzismus tendiert (auch in der Variante der FT-CI) zu analytischen Verkürzungen und geschichtsphilosophischen Idealisierungen:

- So wird, wie wir gerade sahen, von der FT-CI in den Ausdruck „wirklicher Generalstreik“ anscheinend hineingelesen, daß er mit „Kontinuität“ (S. 6) – also unbefristet – erfolgt und politischen (S. 11) Charakter hat. Nur ist ein Generalstreik nicht weniger „wirklich“, nur weil er befristet ist und für ökonomische Ziele geführt wird. Anstatt *konkret und argumentativ* darzulegen, warum ein unbefristeter und politischer Generalstreik sinnvoll und möglich ist, wird Argumentation

---

41 S. dazu: <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/data/2016/01/6465873495.pdf>, S. 10.

durch Begriffsteleologie<sup>42</sup> ersetzt – dem Ausdruck „wirklicher Generalstreik“ ein vermeintlich ‚wahrer‘ Inhalt angedichtet, der *eine mögliche, aber nicht einzige* Form eines Generalstreiks ist.

- In den Begriff „demokratische Revolution“ wird die „effektive Befriedigung der Forderungen der Ausgebeuteten“ (S. 18) hineingelesen und daher postuliert, daß nur die „Diktatur des Proletariats [...] die strukturellen demokratischen Aufgaben der Revolution garantieren“ könne (S. 21). Dies übersieht freilich, daß unterschiedliche Arten von Ausbeutung (und die damit verbundene Nicht-Erfüllung oder bloß ineffektive Erfüllung „der Forderung der Ausgebeuteten“) mit je spezifischen Formen von Demokratie (*und* Nicht-Demokratie) einhergehen können. Wieder müssen wir das gleiche Vermeiden von expliziter Argumentation feststellen: Statt darzulegen, daß nur eine kommunistische Gesellschaft Überwindung aller Ausbeutung bedeutet und es zu ihrer Erreichung u.a. übergangsweise einer „Diktatur des Proletariats“ bedarf (und was diese Begriffe im marxistischen Sprachgebrauch bedeuten), wird die „Diktatur des Proletariats“ einfach in den Ausdruck „die strukturellen demokratischen Aufgaben der Revolution garantieren und zu Ende führen“ *hineingelesen*.
- Während dieses Hineinlesen bei den beiden vorgenannten Beispielen nur in der sprachlichen *Praxis* der FT-CI zu beobachten ist, ist eine ähnliche Glasperlen-Rhetorik im Falle der „Übergangsforderungen“ das *ausdrückliche* Programm des Trotzismus: Es werden „Übergangsforderungen“, die (vermeintlich) „von den augenblicklichen Voraussetzungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse“ ausgehen (Trotzki)<sup>43</sup>, ins Zentrum gerückt – und diese sollen durch bloß „Erfahrung“ (FT-CI-Manifest, S. 15) zu dem „Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat“ (Trotzki wie FN 11).

Analytische Verkürzungen liegen auch auch in der undifferenzierten Verantwortungszuweisung für Niederlagen, Fehlentwicklungen und die Krise der ArbeiterInnenbewegung an die „Führung“ (s. oben S. 3) bzw. „die Bürokratie“ (s. oben Abschnitt 4.) und die damit verbundene moralisierende Terminologie [s. oben Abschnitt 6.b)] und in der FT-CI-Auffassung des Verhältnisses von Kapitalismus einerseits sowie Sexismus und Rassismus andererseits (s. oben Abschnitt 5.) sowie des israelisch-palästinensischen Konflikts [s. oben Abschnitt 6.c)].

Das Ganze läuft auf eine Aufspaltung von Theorie und Erfahrung auf Führung und Massen hinaus:

- Die Führung ist für die Theorie, die ihrerseits tendenziell auf Taktik/Aktionsanleitung reduziert wird (vgl. FN 38), und daher für die Fehler zuständig, und

---

42 Marx hatte dagegen – wie schon in FN 6 zitiert – das hegelianische Konzept „sich selbst gebärende[r] Begriff[e]“ verworfen (MEW 13, 632 = 42, 35 [Hegels Illusion], 36 [das angeführte wörtliche Zitat]).

43 <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1938/uebergang/ueberg1.htm#mup> – Hv. i.O.

- die Massen für die Erfahrungen, von denen – auch gestützt von einer idealisierenden und idealistischen Geschichtsphilosophie (die aus „Demokratie“ bereits „Diktatur des Proletariats“; aus „Forderungen“ bereits „Eroberung der Macht durch das Proletariat“ macht usw.) – angenommen wird, daß sie immer-schon in die richtigen Konsequenzen münden.

Verloren geht dabei, daß es für eine Revolution nicht nur der Bewußtheit der Führung, sondern auch zumindest eines großen Teils der Massen bedarf; daß Lenin die Aufgabe der revolutionären Partei in *Was tun?* gerade dadurch bestimmt sah, den Übergang zu begünstigen und voranzutreiben

- von spontanem „Kampf gegen die Unternehmer“ und dafür, „der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen“,
- zur bewußten „Gegensätzlichkeit [d]er Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System“ ([LW 5](#), 386, 385).<sup>44</sup>

Auch wenn der Trotzismus

- als Opposition gegenüber Stalinismus und Reformismus und
- wegen der Aufrechterhaltung gewisser organisatorischer und publizistischer Strukturen und Kontinuitäten Verdienste hat und
- auch wenn speziell die FT-CI mit dem Festhalten an revolutionärer Organisation (statt Beteiligung an „breiten“ – d.h.: diffusen – linken Parteiprojekten) und dem Festhalten am Begriff der „Diktatur des Proletariats“ besondere Verdienste hat,

scheint es mir doch sehr handfeste Gründe zu geben, warum der Trotzismus nie mehr Bedeutung erlangt hat, als er tatsächlich erlangt hat – und folglich die Lösung die Krise der revolutionären Bewegung auch nicht darin zu liegen, daß alle die einen revolutionären Anspruch vertreten, TrotzistInnen werden.

---

<sup>44</sup> Diese Vernachlässigung der Herausbildung des ‚bewußten Elements‘ kennzeichnet nicht nur die FT-CI, sondern ist in trotzkistischen Strömungen weit verbreitet. Sie kennzeichnet

- mindestens auch den Entrismus in sozialdemokratische und stalinistische Parteien, den die IV. Internationale nach dem II. Weltkrieg unter Führung Michel Pablos praktizierte und deren gegenwärtige mehrheitliche Unterstützung und Propagierung des Konzeptes „breiter“ Linksparteien sowie
- die Bewußtseins-Stadien-Theorie des CWI (in Deutschland: SAV) und der IMT (in Dtl.: *Der Funke*) und deren darauf gegründetes Konzept des Langzeit-Entrismus (s. dazu den [dortigen Text](#), S. 18 und den [dortigen Text](#), S. 30 f.).